

Die Wochige Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Künftigen Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.



Wir ersuchen unsere geehrten Leser, ihr Abonnement pro IV. Quartal 1867 auf die „Danziger Zeitung“

rechtzeitig erneuern zu wollen. Man abonniert auswärts bei den nächsten Postanstalten, in Danzig in der Exped., Ketterhagergasse No. 4.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben Allergrädigst geruht: Den Unterstaatssekretär im Justizministerium, de Rège, den Roten Adler-Orden 2. Kl. mit Ehrenlaub zu verleihen; den Kammerherrn, Grafen Louis v. Dönhoff zum Hofmarschall Sr. R. H. des Prinzen Karl von Preußen; so wie den Kreisger.-Director Heimbrod in Raunburg a. S. zum Vice-Präsidenten des Appell.-Ger. in Magdeburg; und den Städter.-Rath Wenckel in Breslau zum Appell.-Ger.-Rath daselbst zu ernennen.

Telegraphische Tepeche der Danziger Zeitung.

Angelkommen 1½ Uhr Nachmittags.

Berlin, 21. Septbr. Bei der gestrigen Nachwahl ist der Kandidat der Fortschrittspartei, Stadtkämmerer Haagen, zum Reichstagsdeputirten gewählt.

Das Centrum, die conservative, die freiconservative und die national-liberale Fraction berathen heute über einen neuen, von den Delegirten der Fractionen vereinbarten Adressentwurf.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Hannover, 20. Sept. Dem Vernehmen nach hat der Finanzminister den vorläufigen Fortbestand der hannoverschen Lotterien genehmigt. Vor einer definitiven Beschlussfassung sollen die hannoverschen Provinzialstände gehört werden.

Frankfurt a. M., 20. Sept. Die Naturforscherversammlung hat für das J. 1868 Dresden zu ihrem Versammlungsort ausgesucht und zu Geschäftsführern die H. Carus und Wehnlich bestimmt.

Dresden, 20. Sept. Ihr. v. Beust war gestern zur Königl. Tafel geladen. Heute Mittag stattete derselbe dem Kronprinzen einen Besuch ab und dinierte sodann beim franz. Gesandten.

Karlsruhe, 20. Sept., Abds. Der Erzbischof von Freiburg hat gegen eine Ministerialverordnung protestirt, welche für die Ausübung des Kirchengesetzes erlassen war und den protestantischen wie den katholischen Theologen eine Staatsprüfung über ihre allgemeine wissenschaftliche Bildung auferlegt hatte. Der Erzbischof hat gleichzeitig den katholischen Theologen unterfragt, sich dieser Prüfung zu unterziehen. Ein Artikel der heutigen „Karlsruher Zeitung“ kündigt an, daß die Regierung für die strengste Durchführung der Verordnung Sorge tragen werde.

Karlsruhe, 20. Sept. Die Adresse der Deputirtenkammer wurde heute dem Großherzoge überreicht. Der Großherzog sprach derselben seinen Dank und seine Freude aus, daß sowohl in den Fragen der inneren Verwaltung, wie in der nationalen Frage die Anschauungen der Kammer sich in Übereinstimmung mit denseligen der Thronrede befänden. Insbesondere gereiche es ihm zu großer Befriedigung, daß er sich mit der Volksvertretung eingewisse in dem Anstreben des großen nationalen Ziels, dessen Errreichung zwar mit großen Opfern für das Land verbunden sein werde; doch seien diese Opfer um so lohnender, als dieselben für die langgehegten höchsten Wünsche der Nation in Betreff einer gesicherten Stellung nach Außen und freier Entwicklung im Innern eingefestzt würden. Wie man auf ihn vertrauen dürfe, daß er festhalten werde an dem vorgestellten Ziele, so vertraue auch er auf die Unterstützung seines getreuen Volkes.

München, 20. Sept. Die „Bayerische Btg.“ enthält die Ernennung des bisherigen Cabinetssekretärs Lutz zum Staatsrat und Justizminister; derselbe wird sein Amt am 1. Oct. antreten. Es ist angeordnet, daß die Veröffentlichungen über die Führung der Handelsregister, welche bisher von der „Boherischen Btg.“ gebracht wurden, vom 1. Oct. an durch die „Südd. Presse“ geschehen sollen. Der österreichische Botschafter am franz. Hofe, Fürst Metternich, hat sich von hier nach Böhmen begeben.

Wien, 19. Sept. (H. R.) Die Staatschulden-Commission wird nur für die inländischen Staatsgläubiger unter Einlegung eines Terms obligatorisch sein. Die Anlehenslose werden in die Conversion nicht hineingezogen.

Wien, 20. Sept. Die „Neue freie Presse“ veröffentlicht ein ihr angeblich aus authentischer Quelle zugegangenes Promemoria über die Unterredung des Kaisers von Russland mit Guad-Pascha in Livadia. In demselben wird behauptet, der Kaiser von Russland habe zur Abtreitung Candia's an Griechenland gerathen, und in diesem Falle das Eintreten Russlands für die Integrität der übrigen europäischen Besitzungen der Porte in Aussicht gestellt.

Paris, 19. Sept. „Etendard“ dementirt das Gericht, daß Verhandlungen betreffend die Abänderung der September-Convention zwischen Italien und Frankreich im Gange seien; nach Mittheilungen aus Florenz darf man hoffen, daß die Actionspartei auf eine Invasion des römischen Gebietes verzichten werde. — „Etendard“, „Pays“, „Patrie“ drucken das neueste Rundschreiben des Grafen Bismarck ohne jede Bemerkung ab. Die meisten anderen Blätter, besonders „France“, besprechen dasselbe in antipreußischem Sinne.

London, 20. Sept. Nach Berichten aus Newyork, welche per Dampfer „Cuba“ eingetroffen sind, hat Admiral Tegethoff, welcher am 26. August in Vera-Cruz angelangt war, die Leiche des Kaisers Maximilian daselbst nicht vorgefunden. Die Angabe, daß dieselbe verstummt worden sei, wird entschieden in Abrede gestellt. Die in Queretaro gefangenen kaiserlichen Generale sind jetzt begnadigt worden.

London, 20. Sept. Aus New-York vom 19. d. wird per atlantisches Kabel gemeldet, daß der großbritannische

Gesandte in Washington Sir Frederick Bruce gestorben ist. Petersburg, 19. Sept. Großfürst Nikolai ist zum Höchstkommandirenden des Petersburger Militairbezirkles ernannt. Finanzminister v. Reutern ist wieder in Function getreten. Die heutige „Börsezeitung“ erhielt wegen verschiedener finanzieller Artikel eine Verwarnung.

Frankfurt a. M., 20. Septbr., Nachm. 1 Uhr. Fest und lebhaft. Amerikaner 76½ Credit-Action 172, Steuerfreie Anleihe 47½, 1860er Loos 67½, National-Anleihe 52½, Staatsbahn 227½, Bayerische Prämien-Anleihe 97½, Neue Badische Prämienanleihe 94½.

Frankfurt a. M., 20. Septbr., Nachm. 2½ Uhr. Sehr fest und lebhaft. Neue Badische Prämienanleihe 95½. Nach Schluss der Börse matter, Credit-Action 171½, Staatsbahn 226½, 1860er Loos 67½, Amerikaner 76½.

Wien, 20. Septbr. Sehr fest. Credit-Action 180,60, Nordbahn 170,00, 1860er Loos 82,90, 1864er Loos 73,90, Staatsbahn 237,40, Galtz 212,75, Napoleon d'or 9,88.

Paris, 20. Sept., Nachm. 1 Uhr. 3% Rente 69,05, Italische Rente 48,70, Credit mobilier 240,00, Amerikaner 88.

London, 19. Sept. Wetter bewölkt. — Der Dampfer „Cuba“ ist aus New-York in Queenstown eingetroffen. — Aus New-York vom 18. d. Mts. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109½, Goldgros 45½, Bonds 114½, Illinois 121, Eriebahn 66, Baumwolle 25, raffiniertes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 34.

London, 20. Sept. Aus New-York vom 19. d. M. Abds. wird per atlantisches Kabel gemeldet: Wechselcours auf London in Gold 109½, Goldgros 48½, Bonds 114½, Illinois 121, Eriebahn 63, Baumwolle 25, raffiniertes Petroleum in Philadelphia, Type weiß, 34½. — Der Dampfer „Arago“ ist aus Europa angelommen.

Zur Frage von den Staatsbahnen.

Der Ausbau eines den nothwendigsten Verkehrsbedürfnissen entsprechenden Eisenbahnen ist für unsere Provinz dringendes Erforderniß. Darüber sind wir alle einig und auch darüber, daß wir unverzüglich die Herstellung derselben mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben haben. Wir sind aber der Meinung, daß es unsere Selbstthätigkeit für dieses wichtigste Interesse unserer Provinz läßt, wenn wir nur und in erster Reihe noch immer von einem Andern als von uns selbst Hilfe erwarten oder beanspruchen wollen. So lange bei uns die überwiegende öffentliche Meinung von der Ansicht beherrscht würde, daß der Staat in erster Reihe verpflichtet ist, uns dieses Eisenbahnen zu schaffen, oder daß es volkswirtschaftlich und rechtlich begründeter ist, wenn der Staat den Eisenbahnbau und Betrieb in die Hand nimmt, werden bei uns nicht alle praktischen Hébel in Bewegung gesetzt werden, um zum Ziel zu gelangen — und es giebt Eisenbahnlinien, wie z. B. die wichtige Danzig-Mlawer, welche, wie es immer mehr den Anschein gewinnt, nur als Privatbahn zu Stande kommen kann und höchstwahrscheinlich auch wird. — Wir werden den Staat fort und fort auffordern, daß er bauet, wir werden den Staat anklagen, wenn er unsern Bitten und Vorstellungen kein williges Gehör giebt und darüber versäumen, unsere eigenen Kräfte voll und ganz in Bewegung zu setzen.

Um jedes Mißverständniß in dieser uns alle so nahe anliegenden Frage von vorneweg zu vermeiden, wollen wir gleich anführen, daß wir den Staat durchaus nicht von einer gewissen Subventionspflicht in Bezug auf die Beschaffung der uns nothwendigen Eisenbahnen entbinden möchten. Einmal ist der Staat mit Interessent an der größern und schnelleren Wohlstandsentwicklung unserer Provinz, als solcher also auch Interessent an den Mitteln, die sie zu Wege bringen und zu denen die erforderlichen Schienenwege in erster Reihe gehören werden. Dann hat der Staat noch besondere Verpflichtungen gegen unsere Provinz, die unser Reichstagsabgeordneter Dr. Lesser in der letzten Versammlung unserer volkswirtschaftlichen Provinzialgesellschaft eingehend auseinander setzte. (S. Beilage zu Nr. 4378 unserer Btg.) Endlich hat der Staat in Preußen durch seine bisherige Eisenbahnpolitik den ganzen Eisenbahnbau seiner natürlichen Entwicklung so entrückt, daß er, so lange diese Verhältnisse nicht wieder in ihre natürlichen Bahnen gelenkt sind, für die Erschwerisse einzutreten hat, welche daraus den einzelnen Unternehmungen entstehen. Nur können wir nicht zugeden, daß man, wie eine Buschrit aus der Provinz in unserer Nr. 4382 meint, den Staat als den volkswirtschaftlich und rechtlich berühesten Unternehmer und Bewirthschafter von Eisenbahnen ansehen müsse.

Der Herr Verfasser führt die vorläufige Begründung seiner Ansicht auf zwei Argumente. Auf ein volkswirtschaftliches, indem er in Abrede stellt, daß das Monopol einer Eisenbahn nicht leicht gebrochen, von Privaten also zum Nachteil der Verkehrsinteressenten und des Gemeinwohls gemischaucht werden könnte, und auf ein noch schwerer wiegendes volkswirtschaftlicher und rechtlicher Natur, nämlich, daß das Expropriationsrecht, das Recht, jemanden zur Entäußerung seines Eigenthums (gegen volle Entschädigung) zu zwingen, ohne dessen Anwendung eine Eisenbahn wohl nie zu Stande kommen könnte, nicht zu Gunsten eines Privatunternehmens gebraucht werden könnte. Auch, sagt der Herr Verfasser, wäre ihm nicht bekannt, daß anders als bei Eisenbahnbauteilen das Expropriationsrecht zu Gunsten von Privatunternehmen angewandt worden wäre.

Diesen Argumenten wollen wir nur folgendes entgegenhalten. zunächst dem zweiten, daß es nicht richtig ist, daß das Expropriationsrecht nicht auch sonst zu Gunsten von Privatunternehmen in Anwendung läme. Wir verweisen nur auf Tit. 5, Abschnitt I. des Allgemeinen Berggesetzes für die Preuß. Staaten vom 24. Juni 1865. Jeder Privatunternehmer eines Bergwerks hat nach demselben das Recht, für die für seinen Betrieb erforderlichen Anlagen das nötige Terrain der Oberfläche auf dem Wege der Expropriation, wenn es ihm nicht freiwillig abgetreten wird, zu erwerben. Das ist nicht erst Recht und Praxis seit 1865, sondern seitdem in Preußen das Bergbauwesen überhaupt gesetzlich geregelt worden. Wie es im gemeinen Nutzen liegt, die Hinder-

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Abwarts 1 Thlr. 20 Sgr. Inscriere nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, in Leipzig: Eugen Gott, H. Engler in Hamburg, Haasestein & Vogler, in Frankfurt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

nisse, welche der Hebung von Mineralien durch die Privatindustrie entgegengesetzt werden könnten, gegen volle Entschädigung fortzuräumen, so liegt es auch im gemeinen Nutzen, daß das Gesetz der Privatindustrie auf dem Gebiet der Verkehrsmitte und -Wege, die sicherlich ein Gemeinbedürfnis und Gemeininteresse ersten Ranges befriedigen, in gleicher Weise zu Hilfe komme.

Dem ersten Argument gegenüber mögten wir aber zunächst zu bedenken geben, daß den Eisenbahnen nicht bloß dicht nebeneinander laufende Parallelbahnen Concurrenz machen können. Wir geben gern zu, daß die Anlage von solchen nur unter sehr günstigen Verhältnissen und Verkehrsverhältnissen von hoher Würde vorkommen wird. Doch sind denn nur dicht nebeneinander laufende Bahnen allein im Stande, zu concurren? Machen nicht ebenso die Wasserwege z. B. welche zwei Verkehrspunkte mit einander verbinden, den Eisenbahnen gleicher Richtung Concurrenz? Kann man von Memel nach Königsberg, von Berlin nach Stettin nicht ebenso Wasserwege benennen? Ferner finden sich, namentlich für größere Strecken, mit der Fortbildung des Eisenbahnetzes von selber concurrirende Routen.

Diese Concurrenz überhaupt dort, wo sie fehlt und wo sie irgend geschaffen werden kann, ins Leben zu rufen, ist Sache der Verkehrsinteressenten. Ihre Sache ist es ferner, auf Abstellung des bei uns noch gesetzlich geltenden Schutzes gegen Parallelbahnen und des sogenannten Concessionsmoneopols usw. zu dringen, vom Staat die Erfüllung seiner Verpflichtung zur Instandhaltung der natürlichen Wasserstraßen in vollem Umfang zu fordern. Ferner können sich die Verkehrsinteressenten Einfluß auf die Verwaltung und Bewirthschaftung der Bahnen dadurch verschaffen, daß sie Actionnaire, Mitunternehmer u. ähl. werden. Endlich dürfen die Bahnen in ihrem eigenen Interesse schon den Bogen gegen das Publikum nicht zu hoch spannen. Eine laufmännisch gebildete Verwaltung, die bei Privatbahnen immer mehr Boden gewinnt, legt hierauf in der Regel viel mehr Gewicht, als Staatsbeamte.

Wir geben für jetzt nur diese Andeutungen, ohne den Gegenstand zu erschöpfen, aber mit dem Wunsch, daß man sich bald von der Unhaltbarkeit der von dem Hrn. Verfasser in seiner Buschrit vertretenen Anschauungen überall überzeugen möge.

Politische Uebersicht.

Die Schwierigkeiten, welche sich bereits dem Zustandekommen einer Adressen, die Aussicht auf die Majorität des Reichstages hat, entgegenstellen, beweisen deutlich, daß man besser gehabt hätte und, wie wir glauben, auch noch thun würde, die ganze Frage überhaupt zu lassen. Vor Mittwoch wird selbst im günstigsten Fall, wenn nämlich die Referenten sich über einen Entwurf bald einigen, die Adressdebatte nicht stattfinden können. Über die ganze gegenwärtige Lage der Sache schreibt die „OC.“: „Die Adressfrage ist in allen Fractionen debattirt worden. Fast durchweg hat sich die Ansichtung gelöst gemacht, daß die Sache besser ganz unberührt geblieben wäre, und es würden sich kaum dreißig Mitglieder des Hauses aufinden lassen, welche den Erlass einer Adress für ein unbedingtes Bedürfnis halten. Aber während die Fortschrittspartei und die freie parl. Vereinigung entschlossen sind, gegen jeden Entwurf zu stimmen, gehen die Conservativen trotz ihrer ursprünglichen Abneigung gegen die Sache doch von der Meinung aus, daß sie nach dem Miquel'schen Antrage anders liegt, als vorher, daß ein negatives Votum des Reichstages als seiner Würde nicht geziemend und falscher Auslegungen außerhalb des Bundes fähig vermieden werden müsse. Die Hochconservativen haben daher einen Generalentwurf zu dem Miquel'schen aufgestellt, in welchem sie das befehligt oder geändert haben, woran sie vornehmlich Anstoß nahmen. Sie wenden sich also an den König und die mit ihm verbündeten Fürsten als an die vollständigere und correctere Adress, wie sie sagen, und sie glauben mit dieser Fassung den verhinderten Fürsten eine Rückstift zu erweisen. Sie haben ferner den Passus des Miquel'schen Entwurfs, der von dem Eintritt der süddeutschen Staaten in die Verfassungsgemeinschaft mit dem Norden handelt, befeitigt, weil eine so scharf betonte Forderung und die in nächste Nähe gestellte Aussicht auf ihre Erfüllung, ohne eine Provocation zu sein, doch auf die Empfindlichkeit des Auslandes zur Zeit als eine solche wirken und eine peinliche Diskussion darüber hervorrufen kann, ob der Reichstag die Verpflichtung des Prager Friedens für weniger bindend hält, als die Staatsherr. Im Plenum würden beide Entwürfe verworfen werden. Die freie conservative Vereinigung hat das Interesse, daß die beiden Referenten (Plank und Graf Stolberg) unter sich zu einer Verständigung gelangen, und den Abg. Aegidi beauftragt, event. die Vermittelung zu übernehmen. Das Resultat derselben würde die Aufstellung eines dritten Entwurfs sein, dem die Zustimmung der Mehrheit des Hauses im Vor- aus gesichert wäre. Seitens der Regierung geschieht offenbar nichts, um auf den Gang dieser Verhandlung einzutwirken.“

Die ministerielle „Prov. Erspdz.“, welche bekanntlich in diesen Tagen erklärte, die Regierung beabsichtige eine Auflösung des preuß. Abgeordnetenhauses nicht, wird jetzt von den Offiziellen und von Blättern, die der Regierung ebenfalls nahe stehen, dementiert. Graf Bismarck soll allerdings für die Auflösung gestimmt sein. Der offizielle Correspondent der „Schl. Btg.“ schreibt darüber: „Es sind wiederholte Bedenken gegen den gezwänglichen Fortbestand des Hauses, das aus Wahlen der alten Monarchie hervorgegangen ist, aufgestellt worden, und man hat die Frage in Erwägung gezo gen, ob es rechtlich zulässig sei, die neue Monarchie einfach durch die Abgeordneten, welche lediglich zur Vertretung der alten Monarchie gewählt worden sind, mit Hinzunahme von 80 neuen Abgeordneten vertreten zu lassen. Da diese Frage nicht definitiv bejaht oder verneint worden ist, läßt sich über

as Schicksal der gegenwärtigen Abgeordneten nichts bestimmtes behaupten. Praktische Rücksichten empfehlen die Beibehaltung derselben, aber die formellen Rücksichten des Rechts dürfen höher zu stellen sein, da, wenn nicht Alles im vollsten Einlange mit dem Recht stehen sollte, nicht etwa später die zu erwartenden wichtigen Beschlüsse des nächsten Landtags angefochten werden können."

Es ist schon öfters hervorgehoben, daß die kleineren deutschen Bundesländer durch ihrem Eintritt in den Norddeutschen Bund erheblich mehr an Steuern würden bezahlen müssen als bisher. Die Bremer "Wes. Blg." schreibt darüber und über das erste Budget des Norddeutschen Bundes: "Die deutsche oder norddeutsche Einheit — wir betrachten den Unterschied als einen provisorischen — erscheint zuerst mit einer Unstotterrechnung in der Hand. Wir können uns auf Groschen und Pfennig ausrechnen, wie viel wir, jeder Einzelne von uns, jährlich für das neuerrungene Gut zu zahlen haben. Die Ehre und der Vortheil, einer wirklichen Nation anzugehören, kommt, wie wir sehen, jedem Norddeutschen im Durchschnitt 2 Thaler und 12 Groschen jährlich zu stehen. Das ist viel und auch nicht viel, je nachdem man's nimmt. Andere Großmächte haben ihre Großmächtigkeit nicht so wohlfeil; Franzosen und Briten (und auch die Amerikaner) müssen bedeutend tiefer in die Tasche langen als wir, und die Österreicher und die Italiener würden sich glücklich schägen, wenn sie mit uns tauschen könnten. Das Opfer, das wir zu bringen haben, erscheint mäßig, wenn wir uns mit anderen Völkern vergleichen; die Seufzer werden es sich wünschen, wenn wir an die alten gewöhnlichen Budgets der Zeit vor 1866 zurückkehren." Die "Wes. Blg." macht sich sogar darauf gefaßt, daß das Bundesbudget in den nächsten Jahren noch höher werde. Allerdings würden von der Mehrbelastung nur die neu preußischen Provinzen und die kleinen Bundesländer betroffen; die altpreußischen Provinzen würden nicht mehr zu zahlen haben als früher. Die kleinen Bundesländer hätten aber für diese Mehrbelastung auch reelle und brauchbare nationale Güter, während man die früheren geringeren Summen eigentlich in das Wasser warf, in einzelnen Fällen sogar (wie z. B. in Schleswig-Holstein) das Geld geradezu zahlte, um eine Diplomatie und ein Heer zu unterhalten, welche die allseits bestensetigten Zwecke verfolgten. Und welchen Nutzen hatten Hannover, Sachsen, Hessen u. s. w. von den 190 Millionen Thlr., die sie für ihre sog. "Armeen" verausgaben? Man zahlte weniger, aber man erhält dafür nichts. Damals — sagt die "Wes. Blg." — beneideten wir Engländer und Franzosen, welche es sich zwar ein leichtes Stück Geld kosten ließen, um große Nationen zu sein, dafür aber auch nicht von düsteren Sorgen um ihre Existenz geplagt wurden. Jetzt brauchen wir sie nicht mehr zu beneiden; wir brauchen nicht mehr zu zittern für den Fortbestand des deutschen Namens, nicht mehr von schrecklichen Katastrophen das Heil zu erwarten, nicht mehr in Wien um den Schutz unserer Grenzen zu antichambriren."

Norddeutscher Reichstag.

(OC.) Berlin. [Zur Budgetberatung.] Die Fraction der National-Liberalen hat heute die Staatshaushalt-Etats des Bundes an Referenten aus ihrer Mitte verteilt, um in die Verhandlungen des Plenums vorbereitet einzutreten zu können. Zu General-Referenten hat sie die Abg. v. Forckenbeck, Stephani, Tweten und v. Hennig und je zwei Special-Referenten für jede einzelne Gruppe: Blank und Forkel für die 1. Gruppe (Bundesorgane und Reichstag); Kannegießer und v. Melle für die 2. (Bundesconsulate); Stavenhagen und v. Forckenbeck für die 3. (Militair-Berwaltung); Große und Tweten für die 4. (Marine-Berwaltung). Diese vier Gruppen umfassen die Ausgabe-Etats des Bundes. Special-Referenten für die Einnahme-Etats sind v. Bunsen und Meyer (Thorn) für die Post-, Zeitungswesen- und Telegraphen-Berwaltung; Dr. Braun (Wiesbaden) und Gumbrecht für die Sölle und Verbrauchssteuern, Dok. Prosch und Krieger für die Aversionalsummen der nicht zum Bollverein gehörigen Staaten.

In der Fraction ist man der Ansicht, daß der Etat sehr viel Nachfragen Seitens der Reichstags-Mitglieder und Erklärungen Seitens der Bundes-Kommissare erfordern wird, weil derselbe nichts als ein Bahngesetz enthält. Dies Alles werde man erst durch Hin- und Herfragen zu erfahren suchen müssen. Bei der Vorberatung des Budgets werden daher viele Fragen von Bedeutung zur Sprache kommen: ob der Reichstag nur die Hauptetats bewilligt, so daß das Bundespräsidium sich innerhalb der Gesamtziffern frei bewegen kann, oder, wie der preußische Landtag die Special-etats, so daß Erfahrungen an der einzelnen Position zur Bundeslast abgeführt werden müssen. Ferner die Frage der Entlastung, die noch ganz ungeregelt ist. Der Ausschuß für das Rechnungswesen müßte durch Kalkulator-Beamte verstärkt werden, wenn er die Arbeit einer Ober-Rechnungskammer für den Bund verrichten soll. Ferner die Stellung der Beamten des Bundes zwischen dem letzteren und dem ministeriellen Organismus, dem sie ursprünglich angehören und von dem sie zu rütteln fortfahren. Endlich die Vorlegung der Militair-Berträge mit den Staaten, denen an der verfassungsmäßigen Leistung von 225 Thlr. pro Mann ein Nachloß gewährt ist etc.

— R.C. [Die Fraction der Particularisten] hat sich nunmehr unter demselben Namen, den sie in der vorigen Session angenommen hatte, als "bundestaatlich-constitutionelle Fraction" constituit. Es sind derselben bis jetzt 15 Mitglieder beigetreten.

Berlin. [Engere Wahl.] In Münster-Goesfeld siegte Waldeck über den (cleric) Prof. Winiewski. (Waldeck ist nun 5 Mal gewählt; da er für Bielefeld angenommen, werden außer in Berlin, hier, in Mülheim-Wittelsbach und Borken-Recklinghausen Nachwahlen stattfinden.)

— [Pferdekauf.] Nachrichten aus Ungarn zufolge dauern dort die Pferdeeingänge für Rechnung der französischen Regierung ununterbrochen fort. (N. Pr. B.)

Dänemark. [Einige preuß. Kriegsschiffe] passierten in der vorigen Woche die Festung bei Nyborg, ohne zu salutieren. (H. N.)

Frankreich. Paris, 18. Sept. [Weitere Entwicklungen über Mexico.] Die dritte Abteilung der mexicanischen Actenstücke, welche v. Keratry in der Revue Contemporaine der Dessenlichkeit übrig bleibt, handelt von der Reise der Kaiserin Charlotte nach Mexico und von Maximilian's Aufenthalt in Orizaba. Wie v. Keratry erzählt, hat die Kaiserin Charlotte nach ihrer Abreise von St. Cloud selbst einen Bericht über ihre Unterhaltung mit dem Kaiser Napoleon niedergeschrieben. In wessen Händen befindet sich das Manuscript? Wer kennt den Text desselben oder wenigstens den wesentlichen Inhalt? Dieses wird uns nicht gesagt, aber

man erzählt uns, daß die Kaiserin, welche erst nach lebhaftem Budringen vom Kaiser empfangen wurde, ihm endlich die Fortbewegungen Maximilian's auseinander segnen konnte, der von Frankreich eine weitere finanzielle und militärische Hilfe verlangte. "Die Unterhaltung", so wird uns mitgetheilt, "war lang und bestig, von beiden Seiten voll von Vorwürfen, welche schließlich den Charakter der gegenseitigen Erklärungen veränderten. Die Kaiserin, ihr ganzes Gebäude von Hoffnungen, Stolz für Stolz zusammenstürzen sehend, ihr Scepter in ihren Händen zerbrechen fühlend, gab selbst ihrer ganzen Entrüstung Raum. Von dieser Scene im Palaste von St. Cloud an kann man in Wirklichkeit den Wahnsinn dieser interessanten Fürstin datiren, deren Muth bald darauf mit ihrem Verstande erlosch."

[Der Artikel im Siècle] über die Wiederherstellung Polens wird der Feber des Prinzen Napoleon zugeschrieben. Der hiesige russische Gesandte soll sich durch dieses Plaidoyer zu Gunsten der Wiederherstellung Polens beunruhigt gezeigt haben. Auf dem auswärtigen Amte, wo hin er einen seiner Secrétaire sandte, wurde ihm mitgetheilt, daß dieser Artikel nichts mehr zu bedeuten habe, als jeder andere Journal-Artikel auch. Der Autor im "Siècle" verlangt außer der Wiederherstellung Polens die Abtretung Schleswigs an Dänemark und die Bildung eines neutralen Staates zwischen Belgien, Deutschland und Frankreich (also aus den Rheinlanden). An dieser Idee ist der Better des Kaisers zu erkennen, von dem man übrigens weiß, daß er noch mehr "schwarze Punkte" am politischen Horizonte sieht als der Kaiser, und auch, daß er den Krieg für eine Notwendigkeit ansieht "zur Wiederbelebung der erschlafften Geister in Frankreich". Das Land bedankt sich für die ihm zugemutete Kur, und die Verhältnisse werden sich mit den Wünschen der Nation wahrscheinlich vereinigen, um dem Kaiser das Gefährliche dieser kriegerischen Rathschläge darzuthun.

[Die Angelegenheit des Marschalls Bazaine] fängt an, die höchsten Regierungskreise ernstlich zu beschäftigen. Im heutigen Ministerrathe brachte Rouher persönlich den Gegenstand zur Sprache und forderte den Kriegsminister auf, sich mit dem Marschall, der sich seit einiger Zeit in auffallender Weise von der offiziellen Welt fern hält, ins Einvernehmen über die Art zu segnen, in der es möglich wäre, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von der Person Bazaine's abzulenken.

[Die Ehre der Fürstin Metternich] soll durch einen Preskroze restaurirt werden, welchen ihr Gemahl gegen den "Courrier Français" angestrengt hat wegen eines vor vier Wochen darin erschienenen Artikels über die Fürstin und ihre Extravaganz.

Italien. [Kirchengüter. Reform in der Marine.] Die "France" erfährt aus einer neapolitanischen Correspondenz, daß der Clerus jeden, der Kirchengüter kaust, für excommunicirt erklärt. Wirkliche Actenstücke solcher Art von Bischöfen sind jedoch noch nicht in italienischen Blättern zur Dessenlichkeit gebracht worden. — Der Minister der Marine hat eine Commission von See-Offizieren ernannt, um über eine allgemeine durchgreifende Reform zu berathen.

Danzig, den 21. September.

* [Versammlung der Hausbesitzer.] Der von ca. 600 Bürgern besuchte Versammlung, welche gestern Abend im Schützenhause stattfand, legte der zum Vorsthenden ernannte Hr. Buchdruckereibesitzer Kafemann, im Auftrage der in der letzten Versammlung erwählten Commission, einen Entwurf zu der Eingabe an die stadt. Behörden vor, in welcher die Hausbesitzer um Aufhebung des Beschlusses, statt wie bisher 50 % vom 1. Oct. 1863 ab 125 % Zuschlag zur Gebäudesteuer zu erheben, petitionieren. Die Eingabe, wie sie in der gestrigen Versammlung festgestellt ist, lautet nach dem jener Beschluß darin erwähnt, folgendermaßen:

Die Unterzeichneten glauben sich berechtigt, gegen diesen Beschluß in ihrem Interesse zu protestiren. Wenn es nothwendig wird, die Einnahmen des Gemeinde-Etats zu erhöhen, um die Ausgaben zu decken, so scheint es uns allein der Gerechtigkeit zu entsprechen, daß die nothwendige Mehrleistung möglichst gleichmäßig auf alle Steuerzahler nach dem Verhältniß ihrer bisherigen Leistungen vertheilt werde. Das ist aber bei dem beschloßnen Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer nicht der Fall, sondern derselbe ist ungerecht. Denn

1. belastet er ausschließlich einen Theil der Gemeinde-Mitglieder, die Grund- und Hausbesitzer, auf Kosten aller Uebrigen. Auf ca. 80,000 Einwohner und ca. 15,000 Familien hat unsere Stadt nur ca. 5000 Grund- und Hausbesitzer, welche die beschlossene Belastung ganz allein zu tragen haben würden. Eine solche ausschließliche Belastung der Grundbesitzer ist aber völlig unmotiviert, eben so unmotiviert, als es sein würde, wenn man etwa den Mitgliedern der Corporation der Kaufmannschaft eine besondere Steuer zur Deduktion der Mehrausgaben auferlegen wollte. Es scheint jedoch nach dem Beschluß ad 9, daß Magistrat und Stadtverordnete der Meinung gewesen sind, als wenn sich die Grundsteuer von den Grundbesitzern auf die Mieter überwälzen lässe, so daß die erhöhte Grundsteuer nur eine in anderer Form erhobene, also thatächlich von den Mietern zu zahlende Mietsteuer sein soll.

Diese Vorstellung ist jedoch durchaus irrig. Die Höhe des Mietpreises gestaltet sich lediglich nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Die Hausbesitzer sind daher gar nicht in der Lage, den Mietpreis einseitig steigern zu können, außer in einem bestimmten Falle, und auch dann nur für eine gewisse Zeit. Dieser ausnahmsweise Fall würde eintreten, wenn plötzlich die Nachfrage nach Wohnungen so stark würde, daß das Angebot der vorhandenen Wohnungen dieselbe nicht mehr befriedigen könnte. Die dann eintretende Steigerung des Mietpreises würde aber sofort die Baulust anregen, und in wenigen Jahren würde wieder das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage eintreten, das den Grundbesitzern von ihrem Willen abhängige Steigerung der Mieten unmöglich macht. Das für die Danziger Verhältnisse auch nicht einmal der angeführte Ausnahmefall für die Gegenwart vorliegt, werden wir im Folgenden nachweisen.

Die Belastung des städtischen Grundbesitzes ist 2. eine ungerechte, weil sie die Grundbesitzer selbst in verschiedenem Grade heranzieht. Die Gebäudesteuer ist so veranlagt, daß sie den Ertrag der Grundstücke an sich zur Grundlage hat, nicht etwa den Reinertrag, der dem Besitzer thatächlich zusteht. In dem Grade als der Grundbesitzer verschuldet ist, trifft ihn also diese Belastung bei uns in den Händen vieler notorisch nicht wohlhabender Besitzer, welche deshalb von ihren Grundstücken einen sehr geringen Reinertrag haben. Wird ihnen nun noch der Betrag der bisher von ihren Mietern getragen so gut wie ertraglos. Es kommt dazu, daß eine Anzahl von Hausbesitzern ihres Gewerbes wegen haben Grundstücke an sich bringen müssen, ohne das dazu nötige Kapital zu besitzen. Alle diese werden durch die beabsichtigte Belastung des Grundbesitzes nahezu ruinirt. — Es kommt ferner in Betracht, daß die Gebäudesteuererhebung unberücksichtigt läßt, ob das Grundstück zur Zeit Ertrag liefert oder nicht. Mietsteuer wurde nur von wirklich vermieteten Wohnungen

erhoben; die projectierte Erhöhung der Gebäudesteuer wird fortgezahlt, gleichviel ob die Wohnungen vermietet sind oder leer stehen. Diese neue Belastung des Grundbesitzes trifft aber hauptsächlich nur diejenigen Hausbesitzer, welche durch ihre Verhältnisse gezwungen sind, den größten Theil ihrer Häuser zu vermieteten. Denn, während jetzt bei diesen die Mieter die Wohnungsteuer zahlen, also beim Verfall der von ihnen bis jetzt gezahlten Mietsteuer ihnen selbst zu Gute kommt.

Es muß 3. aber auf die gegenwärtige Lage der Hausbesitzer besonders hingewiesen werden, die augenblicklich so ungünstig wie möglich ist. Durch die Käferirierung der Truppen und die Verlegung der Marine-Garnison sind eine Anzahl der dafür benutzten Gebäude leer geworden und zu Familienwohnungen ausgebaut. So ist augenblicklich das Angebot vorhandener Wohnungen größer als der Bedarf. Deshalb befinden sich die Mieten im Sinken. Es ist also gerade gegenwärtig am wenigsten an der Zeit, die Hausbesitzer besonders zu beladen, die bereits durch den Zuschlag zur Gebäudesteuer, Einquartierungs-Kaufshof-, Trottoirlegungs- und andere Kosten genug belastet sind.

Endlich 4. ist es nicht außer Acht zu lassen, daß die Gebäudesteuer im eigentlichen Sinne des Wortes keine Steuer ist,

die der Grundbesitzer zahlt, sondern eine Rente, welche dem Grundstück aufgelegt ist. Dasselbe gilt natürlich von dem Zuschlag zu dieser sogenannten Steuer.

Nach den angeführten Motiven des Magistrats und der Stadtverordneten handelt es sich darum, die künftigen Ausgaben der Stadt durch eine Steigerung der künftigen Einnahmen aufzubringen. Es scheint doch nun nichts billiger, als daß die Lasten zu den künftigen Ausgaben auch von denen getragen werden, welche künftig die Vortheile des Gemeinwesens genießen, also im besondern Fälle in jedem Jahre auch nach Verhältnis von den jedesmaligen Hauseigentümern. Es ist nun nichts leichter zu zeigen, als daß die projectierte Grundsteuer-Erhöhung nur die gegenwärtigen Hausbesitzer zu tragen haben, daß die gegenwärtigen Hausbesitzer also ein für alle Mal herangezogen werden sollen, um theilweise für die künftigen Bedürfnisse der Commune aufzukommen.

Wird heute einem Gebäude eine erhöhte Steuer von 5 Thlr. auferlegt, so hat es genau die Wirkung, als wenn ein unkündbares Capital von 100 R. auf die Hypothek des Grundstückes eingetragen würde. Verlautet der gegenwärtige Besitzer das mit dieser Abgabe von 5 R. belastete Haus, so wird ihm also sein Besitznachfolger 100 R. weniger zahlen, als er vordem gezahlt haben würde. Es fällt die Last der Steuererhöhung ganz allein auf den gegenwärtigen Besitzer, da der folgende Besitzer die Steuer nur als Zins von dem Capital zahlt, um welches er das Grundstück in Folge der Grundsteuerauflage billiger gekauft hat. Es wird also faktisch der gegenwärtige Grundbesitzer um den capitalisierten Betrag der Grundsteuer-Erhöhung entwertet. Diese thatächliche Entwertung vermindert den Credit der Hausbesitzer und führt weiter die Kündigung von Capitalien herbei, wodurch ein Theil der Grundbesitzer ruinirt wird.

Die Gebäudesteuererhöhung hat folglich durchaus den Charakter einer Contribution auf das Vermögen der gegenwärtigen Hausbesitzer. Gegenwärtig bei 50 % Zuschlag bringt die Gebäudesteuer

ca. 21,500 R. ein,

bei 125 % Zuschlag

ca. 32,250 R. und

also gegen jetzt mehr ca. 32,250 R.

einbringen. Die Rente entspricht einem Capital von 645,000 R.,

um welches das Vermögen der gegenwärtigen Grundbesitzer zu Gunsten der Stadtklasse verringert werden soll.

Es kommt darum hinaus, daß den gegenwärtigen Grundbesitzern etwas über 4 %, nicht etwa ihres wirklichen im Grundbesitz repräsentirt, wenn man die darauf haftenden Schulden als nicht vorhanden ansieht, zu Gunsten der Commune entzogen werden soll, damit die Zinsen dieses Capitals zur Deduktion der Ausgaben der Stadt für alle Zukunft mit verwendet werden. Ein solcher Besteuerungsmodus scheint uns aller Gerechtigkeit zu widersprechen.

Deshalb stellen wir an die Stadtverordneten das Erfuchen, die Beschlüsse der Versammlung vom 10. September c. ad 8 u. 9 wieder aufzuheben, die dadurch entstehenden Minder-Einnahmen durch Zuschlag zu der allgemeinen Communalsteuer aufzulegen und die Entscheidung bis zum 10. Oct. d. J. in die Hände unseres Vorsthenden, des Hrn. Kafemann, gelangen lassen zu wollen."

Der legte Passus hatte ursprünglich eine andere Fassung. Es war darin keine Frist erwähnt, sondern die stadt. Behörden nur im Allgemeinen um Aufhebung des Beschlusses betriebe die 125 % Gebäudesteuerzuschlag ersucht. Als Hr. Kafemann den Passus verlas, wurde er von verschiedenen Seiten mit dem lebhaften Ruf: „an die Regierung, an die Regierung“ unterbrochen. Die Versammlung war überhaupt von diesem Augenblick an sehr bewegt. Hr. Kafemann beantwortet nochmals die Abwendung der Eingabe an die städtischen Behörden. Hr. Block tritt dem entgegen. Eine Abhilfe sei nur zu erwarten, wenn man sich an die Regierung wende. Man wisse nicht, ob der Magistrat, obwohl er die von den Bürgern gewählte und bezahlte Behörde sei, überhaupt antworten werde. Auf eine vor einem Jahr in der Servo-angelegenheit gerichtete Eingabe von ca. 100 Bürgern sei Seitens des Magistrats bis heute noch kein Bescheid erfolgt. Wolle man etwas erreichen, so wende man sich an die Regierung. (Lebh. Beifall.) Hr. Simars ist für eine Eingabe an die städtischen Behörden. Er ist überzeugt, daß die Klage der Bürger diesmal nicht ungehört verhallen werde. Man möge bedenken, daß man durch eine an die Regierung gerichtete Bitte um Intervention in einer rein städtischen Angelegenheit sich selber ins Gesicht schläge. (Ruf: Nein, nein!) Er gebe zu, daß in der erwähnten Nichtbescheidung eine Kränkung liege; trotzdem sei es aber in der vorliegenden Frage Pflicht, zuerst den Stadtverordneten Kenntnis von der darüber herrschenden Stimmung der Bürgerschaft zu geben. Die an Zahl nicht unbedeutliche Minorität werde hoffentlich zur Majorität werden. Es wäre eine Beleidigung der selbstgewählten Vertreter der Bürgerschaft, wenn man sie übergehen wolle. Hr. Schönheff macht den Bürgern den Vorwurf, daß sie selbst die Schuld trügen, wenn Irrtümer bei den städtischen Behörden vorlängen. Träten die Bürger, wenn wichtige Vorlagen auf der Tagesordnung ständen, vorher zusammen und gäben sie nach eingehender Besprechung der Verhältnisse ihre Meinung darüber kund, so wären gewiß öfters andere Beschlüsse in der Stadtverordneten-Versammlung gefaßt werden. Hr. Wolffsohn tritt der Meinung entgegen, daß ein von der Stadtverordneten-Versammlung gefaßter Beschluß nicht aufgehoben werden könne und erinnert an mehrere Fälle, bei welchen dies geschehen. Er schlägt vor, die verlesene Eingabe an die Regierung zu richten und der Stadtverw. Abschrift davon zukommen zu lassen, zugleich aber Erstere zu bitten, wenn die Stadtverordneten den Beschluß nicht aufheben, denselben die Bestätigung zu verlängern. Er glaubt, daß durch solches Verfahren das Recht der Bürger gewahrt werde. Hr. F. W. B. Koch wünscht, daß ein Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung über diese Angelegenheit Auskunft gebe und wendet sich an den auf der Bühne sitzenden Red. Rickert mit der Aufforderung

Beilage zu Nr. 4450 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 21. September 1867.

Berliner Fonds-Börse vom 20. September.

Eisenbahn-Aktien.			
Dividende pro 1866.	31.		
Aachen-Düsseldorf	47/100	31/2	—
Aachen-Maastricht	—	4	32 G
Amsterdam-Roterd.	41/2	4	104 G
Bergisch-Märk. A.	8	4	144 G
Berlin-Anhalt	131/2	4	219 G
Berlin-Hamburg	9	4	156 G
Berlin-Potsd.-Magdeburg.	16	4	217 G
Berlin-Stettin	81/2	4	136 G
Böh. Werkbahn.	5	5	59 G
Bresl.-Schw.-Kreis.	91/2	4	134 G
Kriegs-Reite	51/2	4	93 G
Cöln-Minden	91/2	4	142 G
Görl.-Oberbahn (Wilh.)	21/2	4	68 G
do. Stamm-Pr.	41/2	—	
do. do.	5	5	86 G
Zudwigsh.-Bergbach	101/2	4	149 G
Magdeburg-Halberstadt	14	4	183 G
Magdeburg-Leipzig	20	4	254 G
Nam.-Ludwigsfelde	71/2	4	126 G
Neisseburger	3	4	131 G
Niederschl.-Märk.	4	4	88 G
Niederschl.-Bzweigbahn	5	4	83 G
Oesterreich. Credit.	—		

Dividende pro 1866.			
Nordb. Friedr. Wilh.	41/2	4	93 G
Obersch. Litt. A. u. C.	12	31/2	194 G
Litt. B.	12	31/2	165 G
Oesterl.-Frz.-Staatsb.	7	5	129 G
Rheinische	5	5	71 G
do. St. Prior.	61/2	4	—
Rhein-Nahebahn	0	4	27 G
Müll. Eisenbahn	5	5	75 G
Stargardt.-Posen	41/2	41/2	93 G
Südosterr. Bahnen	71/2	5	100 G
Thüringer	71/2	4	127 G

Bank- und Industrie-Papiere.

Dividende pro 1866.			
Preuß. Bank-Anhelle	131/2	41/2	149 G
Berlin. Kassen-Verein	12	4	159 G
Vom. R. Privatbank	51/2	4	93 G
Danzig	8	4	111 G
Königslberg	77/10	4	112 G
Posen	71/2	4	99 G
Magdeburg	5	4	90 G
Dölc.-Comm.-Anteil	8	4	103 G
Berliner Handels-Gesell.	8	4	107 G
Oesterreich. Credit.	5	5	73 G

Bekanntmachung.

Nachdem mit Genehmigung der Königlichen Regierung die Erhebung einer dritten Communalsteuer-Rate pro 1867 in Höhe von 50 pro Cent des verantragten Jahresbetrages beschlossen und der Erhebungs-Termin auf den 1. October d. J. festgesetzt worden ist, werden wir an diesem Tage mit der Einziehung der 3. Communalsteuer-Rate pro 1867 auf dem geordneten Wege durch die Einzammler vorgehen, wovon wir die Einwohnerchaft hierdurch in Kenntniß setzen.

Danzig, den 17. September 1867.

Der Magistrat. (7209)

Bekanntmachung.

Die in der Danziger Neurung belegenen beiden Kämmerer-Borwerke

1. Stutthoff, bestehend aus zusammen 639 Morgen 36 Quadratruthen preußisch oder 291 Morgen 78 Quadratruthen culmisch;
2. Ziesewald, bestehend aus zusammen 368 Morgen 97 Quadratruthen preußisch oder 167 Morgen 186 Quadratruthen culmisch, sollen ohne Gewährleistung für das wirkliche Vorhandensein des angegebenen Flächenmaßes mit den darauf befindlichen und nach Maßgabe der festgestellten Verpachtungs-Bedingungen noch zu erbauenden Wohn- und Wirtschafts-Gebäuden z. v. vom 1. April 1868 ab auf 18 Jahre, also bis incl. den 31. März 1886, und zwar jedes Vorwerk für sich, in Pacht ausgeboten werden.

Zu diesem Behufe steht ein Licitations-Termin auf

Mittwoch, den 2. October er., von Vormittags 10 Uhr ab, im Rathaus dieselbst vor dem Herrn Stadtrath Strauß an, und werden Pachtlustige zu diesem Termiu mit dem Bemerkern eingeladen, daß mit der Licitation selbst um 12 Uhr Mittags begonnen wird und daß nach Schluss derselben Nachgebote nicht mehr angenommen werden.

Als Caution zur Sicherstellung des Gebots ist gleich im Licitations-Termin der Betrag von 500 Thlr. entweder baar oder in Werthpapieren zu erlegen.

Die näheren Pacht-Bedingungen sind in unserm III. Geschäfts-Bureau zu jeder Zeit während der Dienststunden einzusehen. (5355)

Danzig, den 20. August 1867.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei den hiesigen evangelischen vierklassigen Elementarschulen sind wiederum Lehrerstellen zu besetzen.

Das Gehalt beträgt 230 Th. jährlich und wird bei befriedigender Amtsführung nach 5 Jahren erhöht, wenn dem betreffenden Lehrer eine höher dotirte Stelle bis dahin nicht verliehen sein sollte. Für den etwa zu übertragenden Turn-Unterricht wird eine besondere Remuneration gewährt. (6080)

Meldungen werden persönlich oder schriftlich unter Einreichung der Bezeugnisse entgegen genommen.

Elbing, den 6. September 1867.

Der Magistrat.

Victoria-Institut zu Falkenberg in der Mark bei Neustadt-Eberswalde,

an der

Berlin-Wriezener-Eisenbahn.

Der Lehrplan dieser, unter dem Protectorate Sr. Kgl. Hoh. des Kronprinzen stehenden Erziehungs-Anstalt ist der einer preussischen Realschule, mit besonderer Berücksichtigung der neueren Sprachen, Vorbereitung zum Freiwilligen- und Fähnrichs-Examen (sowie auch für einzelne Schüler zum Gymnasial-Abiturientenexamen.) Pension vierteljährlich 100 Thlr. Nähere Auskunft ertheilen gütigst die Herren Professor Dr. Herrig, Dr. van Dalen und Professor Roeber in Berlin, sowie der Director der Anstalt. (7071)

Dr. Immanuel Schmidt.

F. Loewenstein's Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Magazin,

35. Langgasse 35, hält sich bei vor kommendem Bedarf mit allen in diese Branche gehörenden Artikeln höchst empfohlen.

Water-Closets neuester Construction in Kästen und Lehnsstühlen stets vorrätig. (5760)

Preußische Fonds.			
Freiwill. Anl.	41/2	97 1/2	B
Staatsanl. 1859	5	103 G	
Staatsanl. 50/52	4	90 G	
do. 54, 55, 57	41/2	97 1/2 G	
do. 1859	41/2	97 1/2 G	
do. 1856	41/2	97 1/2 G	
do. 1853	4	90 G	
do. 1867	41/2	97 1/2 G	
do. 1860	41/2	97 1/2 G	
do. 1864	41/2	98 G	
do. do.	41/2	98 G	
do. do.	4	88 G	
do. neue	4	88 G	
do. 1864	5	86 G	
do. do.	41/2	83 1/2 G	
do. do.	4	88 G	
do. 1864	5	86 1/2 G	
do. do.	41/2	83 1/2 G	
Russ.-Poln. Sch.-D.	4	63 G	62 1/2 G
do. do.	4	90 G	
do. do.	41/2	97 1/2 G	
do. do.	4	86 G	
do. do.	4	88 G	
do. 1860	5	86 G	
do. do.	41/2	83 1/2 G	
do. do.	4	91 G	

Ausländische Fonds.			
Kur. u. N. Rentenbr.	5	90 G	
Pomm. Rentenbr.	5	89 1/2 G	
Posensche	5	89 G	
Preußische	5	89 1/2 G	
Schlesische	4	91 G	

Wechsel-Cours vom 19. Sept.			
Amsterdam kurz	2 1/2	142 1/2 G	
do. 2 Mon.	2 1/2	142 1/2 G	
Hamburg kurz	2 1/2	150 1/2 G	
do. 2 Mon.	2 1/2	150 1/2 G	
London 3 Mon.	2 1/2	80 1/2 G	
Paris 2 Mon.	2 1/2	82 1/2 G	
Wien Debet. W. 8 L.	4	81 1/2 G	
do. do. 2 M.	4	81 1/2 G	
Augsburg 2 M.	4	56 24 G	
Leipzig 8 Tage	4	99 1/2 G	
Frankfurt a. M. 2 M.	3	56 26 G	
Petersburg 3 Woch.	7	93 1/2 G	
do. 3 M.	7	91 1/2 G	
Warschau 8 Tage	6	83 1/2 G	
Bremen 8 Tage	3	110 1/2 G	

Gold- und Papiergeld.

Fr. B.m. R. 99 1/2 G	Napol. 5 13 G
— ohne R. 99 1/2 G	Goldr. 111 1/2 G
Deft. östr. W. 82 1/2 G	Sovrgs. 6 24 G
Poln. Bln. —	Goldkron. 9 9 G
Russ. do. 84 1/2 G	Gold// 466 G
Dollars 1 12 1/2 G	Silber 29 28 G

„Friedrich Wilhelm“

Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-Actien-Gesellschaft.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniss, dass wir am heutigen Tage
Herrn Theodor Laser in Bromberg
zum Sub-Director unserer Gesellschaft für Ost- und West-Preussen ernannt haben.
Berlin, den 17. September 1867.

Die Betriebs-Direction der „Friedrich Wilhelm“. Herrmann Geber.

(7305)

Auction.

Dienstag, den 24. September er., werde ich meine im Schaper'schen Gaſthoſe zu Pr. Stargardt, befindliche **Gaſtwirtschafts-Einrichtung**, bestehend in Mahagoni- und Birken-Möbeln, als Schreib- und Kleiderſchreitair, 8 Sofas, 2 Billards, Stühle, Spiel- und Sophistische, Spiegel, Bettſtellen und Springfedermatrizen, 1 großes Küchenſpind, diverse Regale und Küchentische, 1 birkenes Buffet mit Spiegelscheiben und Lombanken, 3 bronzenen Kronleuchter, meſſingene Leuchter, Theebretter, Kaffeemaschinen, 1 Waage mit Meſſungshaufen und Gewichten, Bilder, Gläser, Terrinen, Teller, Tassen, Küchengeräthe &c., gegen baare Zahlung meiſtbiend verkaufen. (7275)

C. Boermel,
Gastwirth.

Die Buchbich-Auction über ca. 100 St. tragende Jäger und junge Bullen, welche bereits von mir angekündigt worden ist, wird am 26. September d. J. Nachmittags 2 Uhr, in der „Jahmen Hand“, ½ Meile Chaussee von Elbing, abgehalten werden.

Amalienhof bei Grunau per Elbing. [7154] C. Pepper.

Lotterie in Frankfurt a. M., von der Königl. Preußischen Regierung concessionirt.

Haupt- u. Schlüssziehung beginnt am 5. October, dauert 23 Tage und kommen darin die größten Gewinne von fl. 200,000, 100,000, 50,000, 20,000, 15,000 &c. zur Entscheidung.

Jedes Voos gewinnt mindestens fl. 6 resp. ein Freiloos zur 1. Kl. nächster Lotterie. (7080)

Original-Loose offeriren ½ Voos à 7 Thlr., ¼ Voos à 14 Thlr., ⅓ Voos à 28 Thlr., ⅔ Voos à 56 Thlr. incl. Portos u. Schreibgebühren.

Meyer & Gelhorn, Danzig, Bank- und Wechselgeschäft, Langenmarkt No. 7.

Loose zur diesjährigen Kölner Dombau-Lotterie, Gewinne Thaler 25,000, 10,000, 5000, 2000, 1000, 500 &c., zu einem Thaler pro Stück zu haben in der Exped. der Danz. Btg.

Feinste Kaminöfen, feinste weiße Salon- und Stubenöfen,

Desen mittlerer Qualität empfiehlt in größter Auswahl

F. W. B. Koch in Danzig,

Biegengasse No. 1.

NB. Marmor-Kamine werden auf Bestellung schnellstens beschafft. (754)

Fetter Räucherlachs, Frischer Caviar, Alal-Marinaden, Spicke-Alale, Kräuter-Anchovis und frische Fische, welche die Saison täglich darbietet, versende in bekannter Qualität zu angemessenen Preisen. (7304)

C. A. Mauss.

Sein reich assortiertes Lager

Tapeten

von den einfachsten bis zu den elegantesten. Naturell von 2½ Sgr., Satin von 5 Sgr. an.

Teppiche, Rouleaux, Cocosläufer

empfiehlt Carl Heydemann, Langgasse, Ecke der Beutergasse.

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik
von
Max Landsberg,
77. Langgasse 77,

empfiehlt das größte sortierte Lager aller Sorten Herren-, u. Damen-, sowie Kinderschuhe und empfiehlt besonders

für Herren: Kalbleder-Schaftstiefel 2½ R. bis 2 R. 20 Sgr. bis 2 R. 25 Sgr. Fahldederne beste 2½ bis 2½ R. Gummizug - Gamashen 2 R. 15 Sgr. bis 2 R. 20 Sgr. Feinste Lackstiefel 3 R. Lackstiehu 2½ R. bis 2 R. 25 Sgr. Feinste Kalblederstiehu 2½ bis 2½ R. Doppelsohlige Stiefel 3 bis 3½ R. Rindlederne lachire doppelsohlig 3½ R. bis 4 R. Leichte Sommerstiefel in feinstem Leder 2 R. 25 Sgr. bis 3 R. Herrenzeugstiefel mit Lackbesatz 2½ bis 3 R. Pariser und Wiener Modenstiefeletten für Herren, Damen und Kinder, in den elegantesten Sachen. Knabenstiefel mit Schäften und Bügen 1 R. 10 Sgr. bis 2 R. Gummischuhe, ächte Petersburger und andere Sorten. 3000 Paar Kinder- und Mädchenchuhe und Stiefeletten zu den billigsten Preisen. Reparaturen jeder Art besorge ich sofort. Auswärtige Bestellungen gegen Einsendung des Längenmaßes oder Probeschuhes. Alle Sorten Filzschuhe und Reisestiefel!	für Damen: Gamashen ohne Absätze 1 R. mit Absätzen 1 R. 5 Sgr. Feinste ohne Absätze 1 R. 5 Sgr. bis 1½ R. mit 1 R. 10 Sgr. bis 1½ R. Gummizug beste 1 R. 12 Sgr. bis 1 R. 20 Sgr. Graue Gamashen 1 R. 7½ Sgr. bis 1½ R. Goldlederstiehu mit Absätzen und Rosetten 1 R. 10 Sgr. Weiße Ullenschuhe 1 R. 10 Sgr. bis 1 R. 17½ Sgr. Hohe Wadenstiefel und Halbhöhe 1 R. 20 Sgr. bis 2½ R. in ganz neuen Mustern. Morgenstiehu in allen Sorten 12 bis 25 Sgr. Pariser und Wiener Modenstiefeletten für Herren, Damen und Kinder, in den elegantesten Sachen. Knabenstiefel mit Schäften und Bügen 1 R. 10 Sgr. bis 2 R. Gummischuhe, ächte Petersburger und andere Sorten. 3000 Paar Kinder- und Mädchenchuhe und Stiefeletten zu den billigsten Preisen. Reparaturen jeder Art besorge ich sofort. Auswärtige Bestellungen gegen Einsendung des Längenmaßes oder Probeschuhes. Alle Sorten Filzschuhe und Reisestiefel!
---	--

(7303)

Die Schuh- und Stiefel-Fabrik

en gros und en détail,

Langgasse No. 77,

Max Landsberg.

Th. Grosse & Co., Atelier Th. Grosse & Co.,
Danzig, Michlannengasse No. 2. Danzig, Michlannengasse No. 2.

Bildhauerarbeiten in Stein, Holz und Gips,
Steinmeckarbeiten und Kunsteinguss,
empfiehlt sich zur Anfertigung von Grabmonumenten in Marmor, Granit, Sandstein, Zink und künstlichem Stein,
Architectonische Ornamente und Figuren
in Stuck, Gement und Zink &c.,
Holzschnitzereien jeder Art.
Zeichnungen und Preis-Courante werden auf Verlangen gern eingeschickt. (7226)

Ich habe mich entschlossen, mein Weiß-Waaren-Geschäft gänzlich aufzugeben, um meine Thätigkeit einem anderen Wirkungskreise zu widmen; dieser Entschluss zwingt mich, mein Waaren-Lager zum

gänzlichen Ausverkauf

zu stellen, und soll mit den Artikeln begonnen werden, von denen die meisten Vorräthe am Lager sind. Ich stelle demnach meinen Vorrath von gestickten und brochirten Gardinen, schwarz-wollener Moirées von der Elle, Kragen und Stulpen, schwarz-seidener Spiken, Shirtings und gestreifte Negligé-Stoffe, weißen gestickten Schuhdecken, Plissees zu Frößen &c., sowie einen Posten von ca. 1000 St. Crinolinen, 600 St. Corsets, ganz außallend billig, fertige Moor-Röcke und Victoria Röcke, Bettdecken, Strümpfe, ¼ breite rein wollene Cache-mirs in allen Farben, Elle 10 Sgr., zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Ausverkauf. Die Preise sind ganz fest und findet eine Ermäßigung unter keinen Umständen statt.

K. Nonnenprediger,

Langgasse No. 10, Weiß-Waaren, Gardinen, Stiderien- und Spiken-Lager.

Den Landverkaufs-Termin zum 23. d. Mts. in Gr. Garz betreffend.

Der auf den 23. d. Mts. anberaumte Termin zum Verkauf der Ländereien des Herrn Skafowski in Gr. Garz wird hiermit aufgehoben, da die Ländereien bereits verkauft sind. (7233)

J. Koewenthal.

Ein junger Oekonom, der schon in mehreren Wirthschaften thätig gewesen, sucht gegen Pension eine Stelle als Volontair auf einem größeren Gute, Gef. Angabe der Pensionsbedingungen in der Exped. dies. Btg. unt. No. 7199.

Zum sofortigen Antritt wird einem tüchtigen Commiss, der das Material- u. Destillations-Geschäft gründlich erlernt hat und der polnischen Sprache mächtig ist, eine dauernde Condition nachgewiesen. Adressen werden unter No. 7295 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Eine junge Dame wünscht Handarbeitsstunden u. Kindern den Klavierunterricht zu erhalten. Das Honorar des Ersteren beträgt für 16 St. 20 Sgr. u. für den Klavierunterricht monatlich 1½ R. Abadressen erbitte man in der Expedition dieser Zeitung unter No. 7297.

Grundstück-Verkauf.

Folgende zum Nachlaß des verstorbenen Kaufmanns W. L. Malischinski gehörige Grundstücke sollen aus freier Hand verkauft werden:

- 1) das Garten-Grundstück zu Langefuhr No. 90, bestehend aus 7 Zimmern, Stallung für 4 Pferde und Wagenremise,
- 2) das Speicher-Grundstück „Das schwarze Kreuz“, an der Mottlau nach der Hopfengasse durchgehend belegen, mit ca. 460 Last Schüttungsraum,
- 3) das Speicher-Grundstück „Der Sackträger“, in der Milchkanngasse auf der Speicherinsel belegen, mit circa 170 Last Schüttungsraum.

Die Besichtigung der Speicher-Grundstücke betreffend, wolle man sich bei dem Kornwerter Hrn. H. C. Barczewski, Speicherinsel, melden. Verkaufs-Bedingungen sind zu erfahren Fischerthor No. 11, sowie Langefuhr No. 90. Danzig, den 18. September 1867.

Die Erben.

Stenographie.

Unterzeichneter ist bereit, Privat-Unterricht in der Stolze'schen Stenographie zu mäßigen Bedingungen zu ertheilen. Anmeldungen dieser halb werden erbaten mündlich oder schriftlich, entweder direct in seiner Wohnung, Zinglershöhe, oder in der Gambinus-Halle, Kettnerhagethor No. 3, wo derselbe des Mittags zwischen 12 und 2 Uhr anzutreffen ist.

Auch beabsichtigt der Unterzeichneter Dienstag, den 15. Oktober einen Cursus für Schüler der hiesigen Lehr-Anstalten zu eröffnen und erlaubt sich, diejenigen, welche an demselben Theil zu nehmen wünschen, wegen der näheren Bedingungen auf die in Umlauf gesetzten Currenten freundlich zu verweisen. Das Honorar für diesen Schüler-Cursus, der bei zwei Stunden wöchentlich etwa bis Mitte Februar währen dürfte, beträgt 2 Thaler.

Auswärtige, welche durch Selbst-Unterricht sich die Stenographie aneignen wollen, erhalten unentgeltliche Anweisung durch den Unterzeichneter. (7156)

Zinglershöhe bei Danzig, im September. Eduard Döring,

Vorsitzender des Stenographischen Kränzchens zu Danzig.

Stenographie.

Der neue Unterrichts-Cursus, welcher bei wöchentlich einer Lection etwa bis Ende April k. J. danert, beginnt Anfangs October c. Der Cursus wird durch einen geprüften Lehrer der Stenographie geleitet. Beitrag zur Vereinskasse 2 Thlr. Theilnehmer an früheren Curssen zahlen keinen neuen Beitrag. Meldungen werden bei Herrn H. Moritz, Langenmarkt 20, angenommen.

Der Vorstand des stenographischen Vereins.

40—50 Pfund gute Tischbutter sind im Ganzen oder getheilt vom 1. October ab wöchentlich zu begeben. Reflectanten belieben sich ans Dominium Sublau bei Dirschau zu wenden. (7113)

Ein mah. Flügel von J. B. Wiszniewski, mit eiserner Platte und Verbreitung, Ginderklappe, überhaupt neuester Construction, ist für den außerordentlich billigen Preis von 150 Thlr. Heiligegeistgasse No. 118, 1 Tr., zu verl.

Gutverkäufe in jeder Größe weiset nach Nob. Jacobi, Hundegasse No. 29.

Ein Druckwerk wird zu kaufen gesucht. Adressen erbitte man in der Expedition dies. Zeitung unter No. 7287 eingureichen.

Zum sofortigen und späteren Antritt suche ich gut empfohlene Wirtschaftsbeamte. (4937) Böhrer, Langgasse No. 55.

Sch such für mein Eisengeschäft einen Lehrling, der die erforderlichen Schulunterrichte hat (7173) Ludwig Rachau, Marlenwerder.

Ein junges Mädchen, sehr geschickt in Handarbeit, im Büchneiden von Wäsche und Arbeiten mit der Nähmaschine, sucht eine Conditon hier oder außerhalb. Auch kann dasselbe Kindern den ersten Schulunterricht geben. Gef. Adr. unter No. 7223 in der Exped. d. Btg.

Zur Anfertigung von Wäsche jeder Art empfiehlt sich die verwitwete Kreistaxator Pfeffer, Lastadie No. 23. (5435)

Druck und Verlag von A. W. Kasemann in Danzig.